

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauergewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau- u. Dachdeckerbetrieben, in der Kachelofen- u. Stelzenindustrie, in Scheibensperelen und Glasereien, in Putzer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Hofierer, Fliesenleger, Ofenbauer, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1.— RM. (ohne Bestellgeld). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattess Montag früh.

Herausgeber: Deutscher Bauergewerksbund

Berlin SW 68, Friedebühlstr. 5-6. Fernspr.: A 7 Wöhlf 7650, 7651, 6240. Postfach. Berlin 65232.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Platz 10/11, Genf. Postfach 10/11. Berlin S 14. Deutscher Platz 10/11, Genf. Postfach 10/11. Berlin S 14. Deutscher Platz 10/11, Genf. Postfach 10/11.

Zur Reichstagswahl am 6. November.

Die diktatorischen Träume vom Dritten Reich und vom Sowjet-Deutschland sind ausgeräumt. Aber jene Flucht breiterer Wählermassen in das unbegrenzte Reich vertriegener Illusionen hat das Emporkommen der konservativen Welskaste begünstigt. Sie sagte sich, wenn schon Diktatur, dann durch uns. Zur Seite stand ihr dabei die bewaffnete Macht, unersiehens kletterte sie in die Umklammerung. Die Folge ist, daß sich heute die Verfassung von Weimar und der Rest der noch vorhandenen politischen und sozialen Rechte der breiten Massen in größter Gefahr befinden...

So kam diese weder im Volk noch im Parlament wurzelnde dünne Schicht zur Herrschaft. Die Bolschewisten von rechts und links hatten gute Vorarbeit geleistet. Unentwegt hatten sie über Weimar und die Demokratie geschimpft und waren dagegen angeflammt. Immer wieder verlästerten, verhöhnerten und sabotierten sie die Parlamentsarbeit und die sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit. Ihre Phrasen fanden Anklang, breite Wählermassen folgten ihren Raffensängertönen. So wandelte sich das Reichsparlament von einem Forum erster Gesetzgebung zu einem Tummelplatz völlig fruchtloser und unbewahrter Leidenschaften. Nur die Wägen und die Freifahrer blieben noch sichtbare Attribute des Volksvertrauens. Aber dafür wurde der Boden für die Machtergreifung der Herrenkaste „würdig“ vorbereitet. Nunmehr zern Nationalsozialisten und Kommunisten vom umgekehrten Ende. Heute möchten sie die Verteidiger der von ihnen bisher verhöhnerten, verpönten und in den Orkus verdammten Demokratie und aller Volkserrechte sein. Diese nicht aus innerem Erbe herbeigezogene „Einsicht“ kommt reichlich spät. Sie kommt zu spät.

Die Junker sitzen im Sattel. Kaum glaublich, aber wahr: Jene arrogante und hochmütige Herrenkaste, die sich vor dem Kriege mit Wilhelm dem „Einigen“ an der Spitze erhaben dünkte über alle Welt und die eigenen Volksgenossen, die die Blutorgie des Weltkrieges entfesselte, die durch ureigene Schuld und Machtverblendung das deutsche Volk in das größte Elend stürzte, die den Ruhrkrieg und die Inflation verschuldete, die ein gerüttelt Maß Schuld trägt an Deutschlands heutigem Elend — diese ins Reich unruhmlücher Vergangenheit gehörende Kaste ist in Deutschland wieder ans Ruder gelangt. Und ihre Taten zeigen, daß die Vertreter dieser Herrenkaste aus Vergangenheit nichts, aber auch gar nichts gelernt haben. Spurlos sind die Stürme der Vergangenheit an ihnen vorbeigerauscht. Sie glauben, in der Außenpolitik wieder da ansetzen zu müssen, wo sie vor vierzehn Jahren in katastrophaler Weise Schiffbruch erlitten. Lange dürfte es nicht mehr dauern, bis sie alle Staaten der Welt wieder gegen sich haben. Dieses „hohe“ Ziel wird erreicht durch ungeschickte politische Schachzüge, durch geschwollene Reden, durch dramatisierendes Wortgeklänge auf diversen Paraden und durch hässliche Redensarten zugunsten eines vermursten monarchistischen Gottesgnadentums, das aus der Monarchie der Vergangenheit ebenfalls wieder hervorklettert. Die verhängnisvolle Zollpolitik tut ein übriges. Und innenpolitisch? Die neuesten Notverordnungen illustrieren das Symbol der Junkerherrschaft. Dieses Symbol zeugt von algewohnter, völlig einseitiger und äußerst splendoriger Begünstigung der Krant- und Schloßbarone. Im Gegensatz hierzu werden die breiten Volksmassen als Stiefkinder des Staates behandelt. Sie haben Steuern zu zahlen, unerträglichen Lohndruck hinzunehmen und im übrigen das Maul zu halten. Den Industriegewaltigen und mächtigen Vorkriegsindustriellen werden im Gegensatz hierzu mächtigste Vorteile zugeschanzt. Der Privatkapitalismus soll wieder zur unumschränkten wirtschaftlichen Macht emporspringen. Auf dem Altar der kapi-

talistischen Glückseligkeit steht der zum Sperlingsnest zusammengedrückte Broterwerb der breiten Massen... Es wäre ein unheilbarer Köhlerglaube, wenn irgendein Prolet annehmen wollte, unter der Herrschaft dieser Junker- und Herrenkaste gehe er einer irgendeiner erträglichen Zukunft entgegen. Von Papen und Schleicher hat die Arbeiterklasse nichts zu erwarten. Sie hat auch nichts zu erwarten vom Seifenchaum der Nationalsozialisten. Und die Seifenblase Sowjet-Deutschland ist schon jetzt in tausend Atome zerfallen...

Dem Herenkessel dieser politischen Verfliegenheiten stellen wir die Politik unserer Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei entgegen. Wir sind Gegner der privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung. Der Kapitalismus hat sich als unfähig erwiesen, das Gleichgewicht zwischen Produktion und Verbrauch herzustellen. Daran wird auch die Papen-Verordnung wenig ändern. Sie kann vielleicht vorübergehend eine Erleichterung schaffen, aber später dürfte dann die Arbeitslosigkeit um so schärfer einsehen. Dem verfallenden Kapitalismus wäre nur dann noch eine Salvenfrist zu verschaffen, wenn in der ganzen Welt die Arbeitszeit stark eingeschränkt und die allgemeine Kaufkraft der Massen gehoben würde. Aber daran denken weder die derzeitigen Machthaber noch die Kapitalisten. Nur hin und wieder sticht aus diesen Kreisen eine zur Vernunft mahnende Stimme, die Mehrheit von ihnen will krügerische Pfeifen schneiden im vertieften Elendsjumpf der Wirtschaftskrise. So bleibt unter dem Banner des Privatkapitalismus nach ehernen Wirtschaftsgesetzen das Bemühen um Arbeitsbeschaffung eine verfehlte Kurpfuserei am kranken Wirtschaftskörper...

Diesen unfruchtbaren Eisenbart-Theorien stellen wir das Programm der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie entgegen. Dieses Programm zur Behebung der Wirtschaft fordert in erster Linie die Verstaatlichung aller wichtigen Schlüsselindustrien. Ferner wird darin verlangt die staatliche Schlüsselgewalt über die Banken und in der Landwirt-

schaft. An erster Stelle steht — welchem Zweck ja auch die vorgenannten Maßnahmen dienen sollen — die endliche Behebung des Elends und der Krise. Den Millionen Arbeitslosen kann nur neue Hoffnung und neuer Mut eingeblasst werden, wenn neue Wirtschaftswege beschritten werden. Nur sie bieten einen Ausweg aus dem üblen Sumpf dauernder Massenarbeitslosigkeit.

Die Frage der Weltkrise, der Erwerbslosigkeit und des Massenelends steht auch im Vordergrund der Reichstagswahlen. Es müssen Wege gefunden werden, um das Gleichgewicht zwischen Produktion und Bedarf herzustellen. Die Profitwirtschaft ist durch Planwirtschaft zu ersetzen. Dafür aber sind weder Papen noch Brüning, weder Hugenberg noch Dingeldey, weder Hitler noch Straßer zu haben. Erst kürzlich hat ja der „radikale“ Nationalsozialist Straßer einen heiligen Eid auf die Unantastbarkeit des Privatkapitalismus abgelegt. Und die Pfade der kommunistischen Partei sind durch ihre unsinnige und unehrliche Politik hoffnungslos verstopft. Die klare Erkenntnis dessen, was nützt und bei gutem Willen durchführbar ist, liegt bei unseren Gewerkschaften und bei der Sozialdemokratie. Nur hier finden wir folgerichtiges Verständnis für ein erfolgversprechendes Wirtschaftsprogramm. Deshalb ist nötig, am 6. November durch die Wahl von Sozialdemokraten zu dokumentieren, daß die Arbeiterklasse von einer Fortsetzung des kapitalistischen Ausbeutungssystems nichts mehr wissen will. Sie will heraus aus dem Elendsjumpf. Deshalb muß sie sich erklären gegen jedes Herrenregiment und gegen alle Parteien, die diesem Regime bewußt oder unbewußt die Steigbügel halten. Die Stimme des Volkes muß sich wenden gegen alle Diktaturpostel, für das Recht des Volkes. Sie muß sich wenden gegen den menschenmordenden Kapitalismus und kämpfen für den Sieg der Arbeit. Der Sozialismus darf nicht mehr ferne Hoffnung sein. Er ist Tagesfrage und Tagesaufgabe. Deshalb stimme jeder am 6. November für Demokratie und Sozialismus!

Und diesem Schwäger liefen vierzehn Millionen Menschen nach...

Unsere Urteufonen vom Stamme des unverfälschten oder verfälschten Germanentums belieben sehr oft die Schallwellen ihrer Berebbarkeit in das Ausland zu leiten. So hat sich kürzlich der „Führer“ Adolf Hitler von einem Reichstagsredner des italienischen „Fascio“ anfragen lassen. Man kann, wenn man die ungläublichen Schwägerlein dieses Mannes, der einst in Deutschland Reichspräsident, und als dies nicht klappte, wenigstens Reichszugler werden wollte, in wörtlicher Uebersetzung lesen. Dieser braunschweigische Regierungsrat b. u. (dauernd unterwegs) dramatisierte, daß er erwarte, dennoch unter allen Umständen in Deutschland — und zwar legal — an die Macht zu kommen. Er offerierte auch die funkel-nagelneue Erfindung, wonach im Jahre 1918 der Kommunismus Deutschlands Außenpolitik den Dolchstoß in den Rücken verjehet haben solle. Im Jahre 1918 war der Kommunismus in Deutschland nur erst in sehr wenigen Eremplaren vertreten, und von einem „Dolchstoß“ in den Rücken war damals absolut nichts zu verspüren. Deshalb wäre diese Legende zur den übrigen Legenden der Reaktion zu legen, die einmal so und einmal anders den aufstauenden Volksgenossen erzählen, diese oder jene Partei habe 1918 den Dolchstoß in Deutschlands Rücken geführt, wobei sie natürlich erst in allerlehter Linie an sich selber denkt. Wir sind überzeugt, die Arbeiterklasse könnte mit weit mehr Recht als jene die Behauptung für sich in Anspruch nehmen, daß es gerade die reaktionären Parteien jener Zeit in ihrer verrückten politischen und kurzschichtigen Verfliegenheit waren, die den Dolchstoß in Deutschlands Rücken verur-

als jene Forderung an den Reichspräsidenten, worin er bei Uebernahme der Reichspräsidenten für seine GZ. eine Reichslohnaustragung verlangte, die drei Tage und drei Nächte dauern sollte. Erhöhen lagte aber Hitler auch in jenem Interview, er werde „erbaumungslos die Feinde des Vaterlandes zermalmen“. Ohne Kraftsprachen und Drohungen geht es eben bei einem eingeleiteten Nazi nicht ab. Hitler verläßt auch nicht, immer wieder zu verkünden, bei seiner „Machübernahme“ werde er allen Arbeitslosen in Deutschland Arbeit verschaffen. Nach welchen wirtschaftlichen Grundrissen und Erfahrungen er dieses Problem aus dem Handgelenk schütteln will, verheimlicht der Mann. Ihm genügt, so etwas zu versprechen. Im Verprechen ist er allen über. In Wirklichkeit vertritt er nicht, sondern er vertritt sich. Und leider gibt es immer noch viele Menschen, die willig und mundergläubig solchen verbläffenden Offenbarungen Gehör schenken. Vor allem in Notzeiten wie heute findet so etwas immer sein Publikum...

Zum Schluß sagte Wolff, er und die „Seinen“ hätten bereits die ganze materielle Macht und das moralische und geistliche Recht in den Händen, um Deutschland zu regieren. Der Tag sei nahe, an dem er und die „Seinen“ nicht durch Handfesseln, sondern durch den einstimmigen Willen des Volkes Deutschlands regieren werden zum Besten des Volkes und im Namen Gottes. Daß die Tage ins Gesicht behälft die Großmannschaft sei Hitler gekonnt, sie ist an ihm Normalzustand. Aber daß er den linken Sertgoff ebenfalls in den Kreis seiner „Offenbarungen“ einbezieht und behauptet, in seinem Namen das „Volk“ regieren zu wollen, muß uns an wie eine hässliche Blasphemie. Sollen die verschledenen blutdürstigen Anknüpfungen der Nazis, bei der „Machübernahme“ etwa 10 000 „Marxisten“ über die Klinge springen zu lassen, auch ein Gott wohlgefälliges Werk darstellen? Schon vom Sinal klang das Donnerwort: „Du sollst nicht töten!“ Und der Sohn Gottes sagte nach der Ueberlieferung der Bibel, wer das Schwert anfaßt, solle durch das Schwert umkommen. Er sagte auch,

daß man seine Feinde lieben und die segnen solle, die einen fluchen. Heißt man gegen diese biblischen Offenbarungen die Redensarten „prominents“ Naziführer, die bei der „Machtfübernahme“ Kette rollen lassen oder der Kaufindustrie eine gute Konjunktur verschaffen oder bis an die Knöchel im Glute waten wollen — wie die „fürchterlichen“ Aussprüche dieser Naziführer in ihren verschiedenen Variationen lauten — dann muß man sich tatsächlich fragen, ganz abgesehen von den zehntausenden roten Blut- und Morbfäden der SA-Männer, ob dies alles „im Namen Gottes“ geschehen ist oder noch geschehen soll...

In anderer Stelle verkündet Adolf der Große, die Wahlen am 6. November würden einen Triumph für den Nationalsozialismus bedeuten. Es wäre wahrhaftig ein Triumph, und zwar ein Triumph des politischen Stumpfsinns, wenn bei der Reichstagswahl am 6. November dieser kindliche Schwäger „Triumphieren“ würde! Wir sind vielmehr der Meinung, daß sich nach und nach im deutschen Volke mehr Vernunft ausbreiten und Adolf miffamft seiner SA und SS, am 6. November fürchterliche Ohrfeigen erhalten wird. Immerhin ist es allerhand, daß diesem heillosen Schwadronneur bei der letzten Reichstagswahl beinahe 14 Millionen Menschen nachgelaufen sind. Was macht uns in der ganzen Welt, wie den berühmten Leutnant, kein anderer es Land nach!

Das „neue Reich“, die „alte Herrlichkeit“.

Herr Reichskanzler von Papen sprach am 12. Oktober einmal nicht vor einem agrarischen, sondern vor einem industriellen Auditorium. Er benutzte einen Staatsbesuch in München dazu, im Bayerischen Industriellen-Verband vor einem großen Kreise eine Wenn- und Aber-Autarkiederrede zu halten. Drei Wochen vorher hatte im gleichen Ort Herr von Papens Landwirtschaftsminister von Braun ein Bekennnis zur Autarkie abgelegt. Vom Podium des Phobus-Palastes herab hatte nun Herr v. Papen die Aufgabe, die Industriellen zu beruhigen. „Den Gedanken einer Autarkie“, sagte Herr von Papen — „lehnt die Reichsregierung ab. Deutschland kann nicht auf seine weltwirtschaftlichen Beziehungen verzichten, es muß jede Arbeitsgelegenheit ausnützen, die ihm der Auslandsmarkt heute noch bietet.“ Diese Ausführungen kamen einem beträchtlichen Abrücken von den Auffassungen des Landwirtschaftsministers im Kabinett von Papen gleich. Desavouierte der Kanzler seinen Minister für Landwirtschaft? Ja und Nein. Herr von Papen sprach gegen eine grundsätzliche Autarkie. Immerhin verschloß der Kanzler nicht mehr ganz die Augen vor den weltwirtschaftlichen Notwendigkeiten, in die die deutsche Wirtschaft sich eingliedern muß. Was er sonst noch über Wirtschaftspolitik sagte, war auch nicht klar. Denn was heißt das: „Die industrielle Erzeugung ist zum Schaden der agrarischen stark begünstigt worden.“ Als ob es für Deutschland nicht eine Lebensnotwendigkeit wäre, sich in erster Linie weltmarktpolitisch, d. h. industriell zu orientieren!

Sei Herr von Papen ist es große Mode, Wendungen und Worte zu gebrauchen, die allen Wirtschaftskreisen in Landwirtschaft, Industrie und Handwerk als sanftes Anfeuern dienen sollen. Nur die organisierte Arbeiterschaft, die man als marxistisches Ueberbleibsel einer angeblich marxistischen Epoche noch duldet, wird von zeitgemäßen Zugeständnissen ausgeschlossen. Allen übrigen Kreisen werden Vorteile mannigfaltiger Art verschrieben. Daß man sich dabei in ergiebiger Weise dauernd immer im Kreise dreht, hört man nicht.

Das Ziel des Herrn von Papen ist ein „neues Reich“. „Sie wissen, daß es mein großes Ziel ist, das neue Reich zu bauen“, sagte der Kanzler in München bei Herrn Reich und in seiner Eröffnung an Bürgermeister Schnaack sprach er davon, daß er den Weg verfolge, „das Reich in seiner alten Herrlichkeit wieder herzustellen.“ Die alte Herrlichkeit ist aber in Wirklichkeit gar kein neues Reich, sondern das alte Reich, das eine Clique um den Erzkronprinzen herum erfrucht.

Dem staatspolitischen Ziel entsprechen notwendigerweise auch die Mittel, Wege und Argumente, die die Reichsregierung für ihre Propaganda benutzt. Wie Herr von Papen vom Marxismus zu sprechen pflegt, wirkt nachgerade peinlich für das Ansehen Deutschlands in der Welt. In München erklärte der Kanzler im Zusammenhang mit dem Beauftragten der Reichsregierung, Herr Reich: „Am politischen Kampf sollen Eitelkeit und Rache erlaubt, der Gegner vogelfrei sein. Objektivistisch sein gilt als Schimpf. Solcher Verwilderung der politischen Moral entgegenzutreten ist Pflicht der Staatsgewalt. Ich kenne kein Recht, das nur das Kampfmittel einer Klasse oder Partei ist. Das ist eine marxistische Auffassung, die ich ablehne, auch wenn sie von Nationalsozialisten ausgesprochen wird.“ Das sagte Herr von Papen zu einer Zeit, als er noch große Hoffnungen auf den Führer der NSDAP setzte. Seit dem 13. August hat sich, wie die Münchener Rede zeigt, in dem Verhältnis Papens zu Hitler etwas geändert. Aber die Bewegung selbst ist nach wie vor „große nationale Bewegung“. In München schenkte sich Herr von Papen nicht, die wissentlichen Kampfmethoden der NSDAP, die typisch nationalsozialistisch sind, auf den Marxismus, also auf das Bekennnis zur SPD, zurückzuführen! Hat sich daran viel geändert? Nein! In München glaubte der Kanzler eine angeblich historische Fälschung zurückweisen zu müssen, wenn behauptet wird, „ich, der Kanzler, habe den Nationalsozialismus von der Ergreifung der Verantwortung ferngehalten.“ Von dieser angeblich historischen Fälschung hat man bisher nichts gehört. Welche Kreise des Volkes sind durchaus darüber informiert, daß die Reichsregierung bereit war, Herrn Hitler — dem nach dem Blut von 5000 deutschen Arbeiterblutigen büßte, wenn auch nicht 51 % der Macht, so doch einflussreiche Posten einzuräumen.

Die Regierung von Herr Wohlfahrtsminister verband in München nahm er nochmals Gelegenheit, diesem Wert eine möglich klingende Auslegung zu geben. Er sagte, mit der Wohlfahrtsankunft sei „Verordnungstaar“ gemeint, in dem „die Gesetzgebung des letzten Jahrzehnts in viel zu hohem Maße den Arbeitgeber aller Grade von der wichtigsten Pflicht entlastet habe, zu allererst, und sei es auch nur unter großen persönlichen Opfern, für den Arbeitnehmer zu sorgen.“ Eine originelle, aber weisfremde Auffassung! Und wer ist schuld? Der böse „Marxismus“! Gerade indem der Marxismus die Wirtschaft planmäßig durch untragbare Lasten zerkürrt hat, ist er der Hauptschuldige an dem Zusammenbruch der sozialen Einrichtungen geworden. An die Stelle des marxistischen Begriffs

der staatlich reglementierten Fürsorge für jeden Bürger setzen wir den einen wahren christlichen Volksgemeinschaft. Im Namen des Christentums geht's wieder einmal gegen das wertigste Volk. Und der Marxismus? Die damit gemeinte Sozialdemokratie hat ja noch niemals in Deutschland weder im Parlament noch in der Regierung die Mehrheit gehabt. Immer waren es bürgerliche Abgeordnete, die in der Reichsregierung die Mehrheit hatten. Dabei sollte nie das Zentrum, die Partei des Herrn von Papen, und trotzdem Marxismus? Von einem Kanzler sollte man erwarten, daß er vom Marxismus nicht etwa ebenso wie die Auffassung behütet, wie politische Analphabeten, Nazis und subalterne SA-Führer und Demagogen.

Die Abnahme der Zahl der Arbeitslosen um 123 000 im September buchte der Kanzler auf Konto seines Wirtschaftsentwicklungsplanes. Leider ist die Abnahme der Arbeitslosenzahl nicht gleichbedeutend mit der Entlastung des Arbeitsmarktes. Ein bestimmter Teil der in der Abnahmestiffer enthaltenen abgewanderten Arbeitslosen sind sogenannte unrichtig Arbeitslos geworden, sie sind aus der Unterfrühungsbezug ausgeschlossen, sind ausgeteuert. — Der Kanzler sollte dann mit, daß die Regierung für den Winter hoffe, in der Arbeitslosenhilfe die Unterfrühungsfrage zu lösen, ferner mit dem Gedanken umgehe, in der Krankenversicherung Bindungen, die die frühere Reichsregierung den Versicherungsbeitragern auf freiwillige Mehrleistungen auferlegt hat, zu lockern und in der Rentenversicherung an Stelle eines Teiles der früher abgebauten Leistungen zunächst in beschränktem Umfang freiwillige Mehrleistungen zuzulassen. Dieselben Herren, die der „Wohlfahrtsankunft“ Urfache angelagt haben,

**Am 6. November wird gewählt:
Liste 2
Sozialdemokratische Partei!**

wollen die jämmerlichen Unterfrühungsfrage, die sie selber dekretiert haben, aufheben! Die Volkspartei hört ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“ Wir sehen vor Wahlen. Früher spendierten gewisse „Herren“ Wahlbier...

„Das neue Reich“.

Im staatspolitischen Teil seiner Rede beschäftigte sich Herr von Papen mit der Verfassungsreform. „Wir wollen eine machtvoll und überparteiliche Staatsgewalt schaffen, die nicht als Spielball von den politischen und wirtschaftlichen Kräften hin- und hergetrieben wird, sondern über ihnen unerschütterlich steht. Die Reform der Verfassung müsse daher dafür sorgen, daß eine solche machtvoll und autoritäre Regierung in die richtige Verbindung mit dem Volke gebracht wird.“ Am Ziel II der Welmarer Verfassung solle nicht gerüttelt werden. Aber es gelte die Form des politischen Lebens zu erneuern.“ Der erste Teil der Verfassung, der „erneuert“ werden soll, spricht u. a. aus: „Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus!“ Nach dem Willen der Freiherren soll Deutschland staatspolitisch wieder in Klassen aufgeteilt werden. In Herren und Knechte. Zu diesem Zweck eine besondere Erste Kammer und andere „Erneuerungen“, für die der zu wählende Reichstag die fertigen Entwürfe vorfinden wird.

Für diese Aufgabe beruft sich ausgerechnet der Kanzler, der im Reichstag mit 512 gegen 32 Stimmen abgelehnt wurde. Aber Herr von Papen kennt das Volk nicht. Er ist im Herrenklub zu Hause.

Die Rede des Kanzlers war ein Signal. Die Gegenrevolution ist am Werke! Republikaner, auf die Schenke!

Haben die Bauarbeiter günstige Beschäftigungsaussichten?

Die gegenwärtig geringe Bautätigkeit, eine erhebliche Anzahl leerstehender Wohnungen und die allgemein vorherrschende pessimistische Auffassung über unsere wirtschaftlichen Aussichten veranlassen viele Kollegen, ihrer Zukunft hinsichtlich der Beschäftigungsmöglichkeiten sorgenvoll entgegenzusehen. Um Klarheit darüber zu schaffen, inwieweit diese Sorge berechtigt ist, seien im nachfolgenden Ausfichten und Voraussetzungen für den zukünftigen Baubedarf — insbesondere den Wohnungsbedarf — untersucht.

Der Wohnungsbedarf ist in der Hauptsache zwangsläufig von der Bevölkerungsentwicklung abhängig. In einem in der „Baugilde“, Heft 13/32 erschienenen Aufsatz hat Dr. Wagner, Regierungsrat im Statistischen Reichsamt, die Zusammenhänge zwischen Bevölkerungsentwicklung und Wohnungsbedarf ausgiebig dargelegt. Nach Dr. Wagner sind wir, obwohl unsere absolute Bevölkerungszahl noch ansteigt, ein dem Bevölkerungsrückgang verfallenes Volk. Der vermeintliche Widerspruch erklärt sich aus dem Altersaufbau, der sich in den beiden verflochtenen Jahrzehnten (Personen über 15 Jahre) in der erwachsenen Bevölkerung senken, während in der gleichen Zeit um 8,1 Millionen Kinder unter 15 Jahren um 3,5 Millionen zurückgegangen ist. Die jährliche Geburtenzufuhr liegt im Durchschnitt der Jahre 1900 bis 1910 auf zwei Millionen, sank jedoch schon in den letzten Vorkriegsjahren und beträgt gegenwärtig jährlich eine Million. Die Bevölkerungszunahme beruht daher nicht auf Geburtenzugang, sondern auf geringeren Abgang durch Sterbefälle. Die durch Sterbefälle besonders gefährdeten Altersklassen (Kinder und Greise) sind im Gegensatz zu den mittleren Altersklassen verhältnismäßig schwer besetzt. Die gegenwärtig geringe Sterblichkeit wird daher veranlaßt, anzunehmen, wenn die am stärksten besetzten mittleren Altersklassen im Greisenalter auftrüben, also in etwa 15 bis 20 Jahren. Der Abgang wird dann größer als der gegenwärtig sein, weil schon im Jahre 1927 die Geburtenzahl um 10% zu niedrig war, um unsere Bevölkerungszahl auf der gegenwärtigen Höhe halten zu können. Seitdem bewegt sich die Geburtenzahl rückläufig und wird sehr wahrscheinlich noch weiter sinken. Etwa vom Jahre 1945 an ist mit einem absoluten Rückgang der deutschen Bevölkerung zu rechnen.

Die Zahl der Haushaltungen ist grundlegend für den Wohnungsbedarf. Unsere Gesamtbevölkerung ist in den Jahren 1910 bis 1925 um 8% gestiegen, der haushaltbildende Teil (über 20 Jahre) dagegen um 21,9%. Die selbständigen Haushaltungen vermehren sich in der gleichen Zeit um 19,5%. Die durch die Wohnungsbauausfälle während des Krieges und durch die neu gegründeten Haushaltungen entstandene Wohnungsnot konnte durch die Bautätigkeit der Nachkriegsjahre mit behoben werden. Im Jahre 1925 waren unter einer Million Familien ohne eigene Wohnung. In dieser Zahl hat sich kaum viel geändert, denn der Reizzugang an neu errichteten Wohnungen in den Jahren 1927 bis 1931 deckt sich mit dem Anwachsen der Haushaltungen. Der gegenwärtige Gesamtwohnungsbestand beträgt 18,4 Millionen Wohnungen, die Zahl der Haushaltungen 17,8 Millionen. Nach Abzug der dauernd in Untermiete wohnenden Haushalte (vor dem Kriege 1%) von dem Unterfrühungsbezug zwischen Haushaltungen und Wohnungsbestand verbleibt ein tatsächlicher Wohnungsbedarf von einer Million Wohnungen. Zudem sind die durch die Wirtschaftskrisis unterbliebenen Hausbaugründungen — die erfahrungsgemäß nachgeholt werden — auf etwa 200 000 zu schätzen. Selbst bei starkem wohnungsmäßigem Anlegen der in Untermiete wohnenden Familien bleibt noch ein großer Wohnungsbedarf. Durch die aufrückenden hochbesetzten Vorkriegsjahre dürften im Jahrzehnt 1931 bis 1940 etwa 2,4 Millionen neue Haushaltungen gegründet werden. Hinzu kommt der heute ruhende Wohnungsbedarf von mindestens 500 000 Wohnungen und der Ersatz für abbruchreife Wohnungen, der bis zum Jahre 1940 auf 400 000 angewachsen sein wird. Nach Abzug der in Untermiete wohnenden Haushaltungen und der Hälfte der abbruchreifen Wohnungen ergibt sich schon ein tatsächlicher dringlicher Baubedarf von mindestens 3,1 Millionen Wohnungen für das Jahrzehnt 1931 bis 1940. Für eine reibungslose Deckung des Bedarfs auf dem Wohnungsmarkt werden mindestens 100 000 bis 200 000 leerstehende Wohnungen erforderlich sein. Im darauffolgenden Jahrzehnt 1941 bis 1950 ist ein Zuwachs von 700 000 Haushaltungen zu erwarten, also weniger als ein Drittel des vorhergehenden Jahrzehnts. Diesem Zuwachs ist der aus dem vorhergehenden Jahrzehnt zurückgestellte Bedarf und der durch Abbruch zu erwartende Neubedarf hinzuzurechnen. Demnach wird der voraussichtliche Neubedarf für das Jahrzehnt 1941 bis 1950 etwa zwei Millionen Wohnungen betragen. Bis zum Jahre 1950 sind infolge weiterer Bevölkerungsentwicklung und -schrumpfung insgesamt mindestens fünf Millionen neue Wohnungen erforderlich.

Diese von Dr. Wagner aus dem Bevölkerungsbezug hergeleiteten Schätze können nicht mit Erfolg angefochten werden. In der Wahrheit dieser Feststellungen können weder die heute leerstehenden Wohnungen noch die ungenutzten Wohnungsbaugrunder etwas ändern. Wagner erklärt mit Recht die ruhende Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt aus dem allgemeinen Einkommensschwund durch die Wirtschaftskrisis, der ja auch die Nachfrage nach allen übrigen lebensnotwendigen Gütern des täglichen Bedarfs stark eingeschränkt habe. Nach Ueberwindung der Krise wird die Nachfrage entspannt aufleben und eine Wohnungsnot aufzeigen, die der der Nachkriegsjahre nicht nachgeben dürfte. In der fast allen Großstädten wachsenden Elendsbevölkerung sind infolge überzogenen Besells.

Die infolge Bevölkerungsentwicklung in den künftigen Wohnortbau zu erwartenden Schwierigkeiten drängen daher die Wohnungen gebaut, deren Lebensdauer auf etwa 100 Jahre zu veranschlagen war. Davon wird bei den kommenden Wohnungsbaugängen abgezogen werden müssen, wenn nicht in späteren Jahrzehnten bei starkem Bevölkerungsrückgang ein großer Teil unseres Wohnungsbestandes auf immer leerstehen soll. Vom Jahre 1960 an dürfte ein dieses Jahrhundert hindurch anhaltender Rückgang der Haushaltungen zu erwarten sein. Der kommende Wohnortbau wird darauf einstellt sein müssen, den zu erwartenden Bedarf der nächsten Jahrzehnte zu decken, gleichzeitig aber das Ueberflüssigwerden von Millionen Wohnungen in den darauffolgenden Jahrzehnten zu verhüten. Das ist nur möglich, wenn von den sichersten geschlossenen Bauart abgezogen wird und an ihre Stelle ein leichtere, aufgedeckte tritt, durch die Wohnungen aus beschränkter Lebensdauer errichtet werden. Das Kleinwohnortbau und das wachsende Haus wird so zwangsläufig der Wohnungstyp der Zukunft.

Die Entwicklung unseres Volkseinkommens ist hoffentlich auslagelagend, in welchem Umfang der durch die Bevölkerungsentwicklung erzeugte Wohnungsbedarf gedeckt werden kann. Die Volkseinkommensentwicklung hat hierbei die gleiche Auswirkung, wie sie Angebot und Nachfrage auf die Preisbildung ausüben. Auch die künftige Industrieentwicklung wird auf die Einkommensveränderungen von volkswirtschaftlichem Einfluß sein. Der in den verflochtenen Jahren über das notwendige Maß hinaus vorgenommene Industrieausbau macht größere Aufwendungen für diesen Zweck auf lange Zeit hinaus überflüssig. Dort werden die sonst — vor allem von der Produktionsmittelindustrie — verbrauchten Summen in dem bisherigen Umfang nicht mehr benötigt. Der dadurch freiwerdende Ertragsanteil unserer Volkswirtschaft muß dem Verbrauchanteil des Volkseinkommens zugutekommen. Im Verbrauch aber nimmt die Wohnung eine hervorragende Stellung ein. Zudem wird der Wohnungsbau künftig eine der günstigsten langfristigen Kapitalanlagemöglichkeiten sein.

Im Gegensatz zum Wohnungsbaubau sind die Aussichten für Beschäftigung durch gewerbliche Bautätigkeit weniger günstig zu beurteilen, weil der stürmische Industriebau der verflochtenen Jahre weit über den wahren Bedarf hinausging. Die Aussichten für die öffentliche Bautätigkeit sind dagegen wesentlich hoffnungsvoller. In der kommenden Zeit wird sie über den bisherigen Umfang hinaus gesteigert werden müssen, um die Rückstände auszugleichen.

Demnach bestehen für die Bauarbeiter in den kommenden Jahrzehnten durchaus keine schlechten Beschäftigungsaussichten, wenn der Baubedarf und die zu erwartende Veränderung der Verwendung des zukünftigen Wirtschaftsertrages berücksichtigt werden. Die größten Schwierigkeiten liegen am Anfang eines Aufstieges aus der Wirtschaftskrisis. Sie sind für die Bauwirtschaft besonders groß, weil die früheren Finanzierungsmethoden des Wohnungsbaues beschränkt sind und kein Ersatz dafür vorhanden ist. Die kommende Wohnungsnot wird aber zu stärkerer Aktivität im Wohnungsbau drängen, als dies heute noch den Anschein hat. Einen Ausweg aus dem gegenwärtigen Elend muß es geben! Wird ihn der noch einmal mit künstlicher Färbung verfehene Kapitalismus nicht finden, so muß ihn eine bessere Wirtschaftsform schaffen!

keitsprüfung doch wieder allgemein die Unterföhrungsfrage gebrüht werden. Ergendliche Zusicherungen, daß diese Gefahr nicht eintreten würde, konnte das Ministerium jedoch nicht geben.

In der Krankenversicherung soll das seit Dezember vorigen Jahres bestehende Verbot der Gewährung von Mehrleistungen für alle Klassen, die mehr als 5 % Beitrag erheben, gelockert werden, so daß neben der Krankenkassenpflege für Familienangehörige die Erhöhung des Ausgabegeldes bei höheren Beiträgen wieder eingeföhrt werden könnte. Diese Vnderung wird aber ihre praktische Bedeutung dadurch verlieren, daß den Klassen grundsätzlich nicht erlaubt werden soll, zur Einführung solcher Mehrleistungen die Beiträge zu erhöhen. Infolgedessen wird die Neueingelung im wesentlichen auf dem Papier stehenbleiben.

In der Unfallversicherung sollen von einem späteren Zeitpunkt an die Renten nicht mehr nach der Notverordnung vom 14. Juni dieses Jahres gekürzt werden. Tatsächlich ergaben sich aber aus den Ausführungen des Ministeriums, daß man nur deshalb glaubt, künftig auf die Kürzung verzichten zu können, weil man durch die Neueingelung der für die Rentenberechnung maßgebenden Durchschnittsverdienste ohnedies zu einer Senkung der Renten zu gelangen gedenkt.

In der Angestelltenversicherung bestehen sehr vage Absichten, durch Beschluß der Selbstverwaltung Mehrleistungen zuzulassen. Des weiteren ist daran gedacht, die Anheuerordnungen der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 insoweit zu mildern, daß beim Zusammenstoßen von Sozialversicherungsgrenzen mit Kriegsbeschäftigten oder Kriegserwachsenen allgemein ein Betrag dieser Rente in Höhe von 25 % von der Anrechnung freibleiben soll.

Das ist sozialpolitisch das erste Ergebnis eines von Parteimitgliedern unabhängigen Sanierungsplans, den bis zum Ende dieses Jahres, bis der Klassenkampf fertig ist, durchzuführen die Papenhaimer glauben, „die Macht und den Willen zu haben“. Alles in allem besteht die ganze Aufbesserung der Unterföhrungsfrage und Renten aus kleinen Einzelmaßnahmen, die die ungeheure Not der Arbeitslosen und Rentenempfänger nicht wirksam lindern können. Nicht der zehnte Teil der Leistungen, die abgebaut wurden, wird wiederhergestellt. Für eine halbe Milliarde 50 Millionen!

Daß gleichzeitig mit diesen Maßnahmen auch eine Außerkräftigung der Bestimmung des § 84 Absatz 4 des Betriebsarbeitsgesetzes, des sogenannten unbilligen Härteparagrafen, der u. a. die Möglichkeit des Einspruchs gegen unberechtigte Kündigungen gibt, erwirkt wurde, ist besonders bemerkenswert. Außerdem soll diese Außerkräftigung den Betrieben die Möglichkeit geben, eine bessere Auswechslung zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen durchzuführen. In Wirklichkeit dürfte zweifellos die Absicht mifshingehen, durch Auslösung des Entlassungsschusses sich von der arbeitsrechtlichen Bindung gegenüber langfristig Beschäftigten freizumachen und den Druck auf Arbeiter und Angestellte zu verstärken.

Die Einwände und Widersprüche der Gewerkschaften gegen dieses soziale „Aufbau“-Programm fanden keinerlei Echo im Ministerium. — Inzwischen wird sich der Gegenüber die Bedachten ergeben. Diese können am 6. November der Regierung ihren Dank dafür ablassen. Auf dem Dankzettel Liste 2 ankreuzen!

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Gesperrt sind wegen unterföhrlicher Lohnzahlung in Norden die Arbeiter der Firma Wiewerski, in Wiffler das Baugeschäft Johannes Sieners, in Groß-Ordnau bei Lübeck

Nationalsozialist, höre!

Du SA-Mann in brauner Kriegskluft, oder du Nationalsozialist in schildestem Zivil: Ich habe mit dir zu reden, und zwar über den Namen deiner Partei. Er schließt so manches in sich, was mich zu Mißtrauen und Widerspruch reizt. Es wundert mich nur, daß du das nicht schon selbst gemerkt hast.

Du, der du gedankenlos „Heil Hitler“ ruffst, nennst dich Nationalsozialist. Du strebst danach für Sozialismus. Du wunderst es mich, daß du die Sozialisten als deine Feinde betrachtest. Du nennst sie verächtlich „Marxisten“, schimpfst sie „Unterföhrer“, „vaterlandsloses Gesindel“, „Feinde der Nation“, und du hast ihnen den Untergang geschworen. Die entmenschten Eegner des Sozialismus aber kommen bei dir besser weg. Du bist ihnen in Freundschaft verbunden oder unterhältst mit ihnen mindestens ein freundschaftliches Verhältnis, hältst sie schlimmstenfalls für Verwirrer, die noch zum Nationalsozialismus bekehrt werden können. Jedenfalls steht du denen nicht so feindselig gegenüber wie den Sozialisten.

Das gibt zu denken. Du erklärst deine Feindschaft gegen uns Sozialisten damit, daß du dich nationaler Sozialist nennst im Gegensatz zum internationalen Sozialisten. Darin steht du den „unüberbrückbaren Gegensatz“. Mich dünkt, du hast darüber noch nicht genau nachgedacht. Oder bist du wirklich der Meinung, die deutschen Sozialisten möchten erst den Sozialismus in Ungarn oder in Afghanistan einföhren und dann erst in Deutschland? Die deutschen Sozialisten sind wie die Sozialisten in allen anderen Ländern nationalisiert befreit. Den Sozialismus im eigenen Lande durchzuführen. Nur deshalb, weil sie längst erkannt haben, daß dies schwer durchführbar ist angeht die internationalen Verfassungen der Weltwirtschaft, angeht das Umstande, daß der Großkapitalismus in der ganzen Welt international verbunden und miteinander verknüpft und verknüpfert ist, haben sie Föhrung genommen und den Vertretern des Sozialismus aller Länder, um Mittel und Wege zu beraten, durch die der Sozialismus schließlich seinen Siegeszug über den ganzen Erdball antreten kann.

Jeder Sozialist ist also in erster Linie nationaler Sozialist. Nur sagen ihm gute Gründe, daß sich dieser nationale Sozialismus, im eigenen Lande durchgeführt, angeht die kapitalistischen Umwelten in den Nachbarländern schwer halten könnte, mit großen Widerständen zu kämpfen hätte, falls nicht der Sozialismus auch über die deutschen Grenzen hinaus eine Stätte findet.

Der Unterschied zwischen uns ist also — falls du es mit deinem Sozialismus ehrlich meinst — verschwindend klein.

die Baustelle des Unternehmers Arhold, in Offendorf die Bauarbeiten des Unternehmers Schöffel aus Offendorf beim Landwirt Ram.

Löcher: Gesperrt sind: In Crimmitschau die Firma Sejinger, in Hofen-Ernstthal Eugen Wolf.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund.

Zustellungsergebnis vom 26. September 1932.

Baueverband	Berichtende Bauwertleistungen	Wirtschliedezahl am Wochenlohn	Arbeitslose Anzahl	%	Die Woche vorher %
Königsberg . . .	7	11 369	8 765	77,1	76,9
Danzig	1	8 025	2 201	72,9	73,1
Stettin	61	12 461	9 505	76,3	76,3
Dreslau	36	29 910	22 433	75,0	74,8
Berlin	60	39 373	26 698	67,8	67,6
Magdeburg	42	21 761	16 233	74,8	76,5
Erfurt	34	15 823	12 608	79,7	79,9
Frankfurt	17	25 589	21 374	83,5	84,0
Köln	12	13 098	11 747	89,7	90,6
Dormund	12	13 038	11 567	88,7	87,9
Hannover	39	23 867	18 422	77,2	77,3
Bremen	30	12 105	9 984	82,5	82,8
Hamburg	45	24 459	20 485	83,7	84,2
Köln	60	7 583	4 511	59,9	60,0
Dresden	31	48 829	36 854	75,5	75,1
Nürnberg	29	13 632	9 344	68,5	68,2
München	27	8 935	7 047	78,9	78,5
Stuttgart	14	7 532	5 815	77,0	76,1
Karlsruhe	10	10 764	9 028	83,8	83,1
Zusammen	567	343 173	264 704	77,13	—
Vorige Woche . . .	—	343 547	265 201	—	77,19

Die Arbeitslosigkeit ging gegenüber dem Vormonat im Reichsdurchschnitt nur gering minimal zurück, von 77,25 % auf 77,13 %. In der gleichen Zeit des vorigen Jahres betrug der Reichsdurchschnitt 86,84 %. Er ist demnach in diesem Jahre um 10,49 % höher. Die Arbeitslosigkeit ging zurück in den Baueverbänden Breslau um 0,2 %, Magdeburg 2 %, Frankfurt 0,4 %, Köln 0,5 %, Dormund 0,9 %, Hannover 0,3 %, Hamburg 0,3 %, Köln 1,8 %, Dresden 0,2 %, Stuttgart 1 %, Karlsruhe 0,5 % und Danzig 2 %. Sie liegt in den Baueverbänden Stettin um 0,7 %, Berlin 0,4 %, Erfurt 4,2 %, Bremen 0,2 %, Nürnberg 0,3 % und München 3,4 %. Sie blieb gleich im Baueverband Königsberg. Von den Hauptberufgruppen sind bei den Maurern 81,4 % (Vormonat 81,3 %), bei den Bauhilfsarbeitern 80,9 % (80,9 %) und bei den Tiefbauarbeitern 74 % (74,6 %) arbeitslos. Von den Lehrlingen sind 35,2 % ohne Arbeit.

Bezirks- und Baugewerkschaftsvorstände

in deren Gebieten Mitglieder unseres Bundes der Klassen, insbesondere der Sonderjustiz zum Opfer gefallen sind,

sendet uns sofort kurzen Tatbestandsbericht mit Angabe des Strafmaßes. Schriftleitung „Der Grundstein“.

Aus den Bezirksverbänden

Bezirksverband Karlsruhe. (Heinrich Fischer.) Am 15. Oktober verstarb Heinrich Fischer. Am 18. März 1872 in Wernigerode geboren, wurde er bereits im Jahre 1903 im Bauhilfsarbeiterverband in Dresden angegliedert. Sein Eifer und unermüdetlicher Fleiß gaben Veranlassung, ihn dann im Jahre 1905 als Gauleiter nach Mannheim zu berufen. Dieses Amt verwalte er bis zur Verschmelzung des Bauhilfsarbeiterverbandes mit dem Maurerverbande. Er kam dann als Bezirkssekretär zu unserm Kollegen Forster nach Karlsruhe, in welchem Amt er es ebenfalls verstand, sich sehr schnell des Vertrauens der Verbandskollegen zu erwerben. Auch bei Gründung des Deutschen Baugewerksbundes blieb unser Heinrich Fischer in seinem lieb gewonnenen Amte; er verwalte sogar vorübergehend, als der Kollege Forster die Leitung des Bauhilfsbetriebsverbandes mit dem Sitze in Karlsruhe übernommen hatte, während dieser Zeit das Amt des Bezirksvorsitzenden. Leider ließ sich geschwächter Gesundheitszustand nicht mehr zu, daß er noch länger im Amte bleiben konnte. So wurde er dann am 1. Juni 1928 pensioniert. Mit Heinrich Fischer verlor der Baueverband einen hervorragenden und eifrigen Vorkämpfer und beharrlichen Streiter. Glets war und fällt er sich als ein Sohn des Volkes. Diese Note in seinem Wesen war es besonders, die ihm die Zuneigung und das Vertrauen der von ihm betreuten Bundesmitglieder erwarb. Wir werden das Andenken Heinrich Fischers stets in Ehren halten!

Aus den Fachgruppen

Asphaltierer. Berlin. Kürzlich beschäftigte sich eine Fachgruppenversammlung mit der Aufstellung des Arbeitsnachweises und der Beschaffung von Kostenaufarbeiten für den Straßenbau. Die Leitung der Fachgruppe war sehr erlaut, als ihr eines Tages mitgeteilt wurde, sie habe im Arbeitsnachweis die Kontrolle nicht mehr ausüben. Am anderen Tage kamen dann Beamte vom Arbeitsamt und nahmen ihr die Stempel weg. Und dies, trotzdem dieser Arbeitsnachweis besteht, obwohl ein Zeitvertrag vorhanden ist, obwohl der Fachnachweis im allgemeinen sehr gut funktioniert und niemals zu Klagen Veranlassung gegeben hat. Aber in der heutigen politischen Lage ist eben alles möglich. Anderen Verbänden nachzufragen ist es eben ergangen. Wir werden in Verbindung mit den Unternehmern und auf Grund unseres Tarifvertrages danach streben, daß die Vermittlung wieder eingeföhrt wird. Leider müssen sich nunmehr unsere arbeitslosen Kollegen ihren Stempel in der Vormannschaft holen und dann zu uns kommen, wenn sie vermittelt werden wollen. Zur Frage der Arbeitsbeschaffung erinnerte der Reichsverband an den außerordentlichen Bundeskongress des DGB, auf dem von der Regierung Brünning Arbeitsbeschaffung verlangt wurde. Geld war auch für Arbeiten im Straßenbau schon bereitgestellt, als die Regierung Brünning gekürzt wurde. Wir erfahren nun auch die Regierung der Parteien wollte etwas tun. Zur Zeit wird verhandelt mit dem Magistrat und der Berliner Straßenbau-Vereinigung. Wenn diese Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, so liegt das daran, daß die Ringfirmen auf die Aufschreibung der Tiefbaupatente einheißliche Preise eingereicht haben, während von anderer Seite behauptet wird, die Arbeiten könnten ganz auf 25 Proz. billiger ausgeführt werden. Wir hoffen, daß dieser Streit bald beigelegt und Kostenaufarbeiten in Angriff genommen werden, so daß zum Winter noch ein Teil unserer Kollegen in Arbeit kommt.

Im so mehr wundert es mich, daß du in uns Sozialisten den Feind siehst. Oder ist etwa dein Sozialismus nicht echt? Ist er etwa nur ein lächerliches Aushängeschild, um Anstreber, die in der Fremde die des Kapitalismus zwischen die Räder geraten sind und Not leiden, im Gegensatz zum sozialistischen Streben vor den Karren der kapitalistischen Ausbeuter zu spannen? Der Verdacht ist berechtigt. Denn deine Föhren halten mit den kapitalistischen Schmerzindestellen innige Föhlung und gute Nachbarschaft. Und diese Föhren verständiginnig eurer Bewegung reichliche Mittel. Etwas um den Sozialismus, dessen Todfeinde sie sind, zu vernichten? Ach nein, sie leben in eurer Bewegung das Mittel, um damit jeden Sozialismus, jede demokratische Einrichtung auf Staat und Gesellschaft gemalt unterdrücken zu können und die Arbeiterchaft zur rechten Masse, zu willenlosen Kulis der privatrechtlichen Wirtschaft herabzurücken.

Willst du also wirklich Sozialist sein, dann können wir ein gutes Stück Weges zusammen gehen. Willst du es aber nicht sein, ist dein Parteimitglied nur ein Blinder, ein Anstreber, um Anstreber, und Dumme im Gewisse als Prätorianer in den Dienst der sozialistenfeindlichen Schmerzindestellen und der adligen Großgärtner zu stellen, dann lege — wenn du ehrlich sein willst — diesen Parteititel ab und bekenne dich als Schildhalter einer Prätorianertruppe zum Schutze aller politischen Beträge und wirtschaftlichen Ausbeuter.

Doch deine Partei nennt sich auch Arbeiterpartei. Das heißt in nüchternem Deutsch überseht eine Partei, die Arbeiterinteressen vertritt. Da auch ich Arbeiter bin, müßte ich aus Solidarität und kraft meines Parteifides zu mir halten. Das tuft du aber nicht, obwohl du dich außerdem gleich mir auch noch Sozialist nennst. Und ich habe beobachtet müssen — obwohl du dich als Mitglied einer Arbeiterpartei bezeichnest —, daß du trotz alledem Arbeiter, die den Widerspruch in deiner Partei zwischen Titel und Handlungen erkennen und gebührend kennzeichnen, als deine Feinde, ja, deine Feind geworden sind. Das heißt, dein Parteimitglied hat sich selbst — obwohl du dich als Mitglied einer Arbeiterpartei ausgiebst — nicht etwa gegen die den Arbeitern feindselig gestimmten Großkapitalisten und Großgärtner, sondern gegen die Arbeiter. Du gehst mit dem Titel auf Arbeiter los, du nennst im Verein mit dem gleichen Gewerkschaftsföhner zu führen, du wirfst auf sie Sprengbomben, du löstest ihre Fenster ein, obwohl diese Häuser, durch Arbeitertruppen erbaut worden sind und jeder Arbeiter sie daran vom solbischen Opferinn der Arbeiterchaft erzählen könnte. Du demolierst Gewerk-

chaftsbüros, von wo aus ehrliche, oft bereits in Ehren ergraute Menschen berechtigte Arbeiterinteressen vertreten. Du wirfst Sprengkörper in Häuser der Konsumvereine, zertrümmert durch Steinwürfe ihre Fensterböden, und auch hier werden sich deine Zerföhrungswut und dein Haß gegen von Arbeitern unter Mühen und Opfern aufgebaute Einrichtungen. Sogar an dem arbeitslosen Saustat darüber Proletariat hast du schon deinen Zerföhrungssinn erprobt. Wogegen habe ich noch nie gehört, daß du einem Reichen irgendein Haar gekrümmt hättest, auch noch nicht davon, daß du von dem Prunkpalast eines Reichen auch nicht ein Quantchen Mauerwerk abgerissen hättest. Ehrfürdigh kniest du vor hohen und höchsten Herren von Adel und Feiß und verhöhrst ihnen in deiner „Arbeiterpartei“ höchste Ehrenstellen. Dafür klopfen sie dir leutseitig auf die Schulter, nennen dich herablassend ihren „Amerikaner“ und loben dich, wenn du als Mitglied einer Arbeiterpartei gegen Arbeiter und deren Einrichtungen brav gewillt bist . . .

Du nennst dich Sozialist und bekämpfst Sozialisten. Du bekennst dich zu einer Arbeiterpartei und bekämpfst Arbeiter. Du folgst blindlings jeder Parole, die sich gegen Sozialisten und Arbeiter richtet. Aber du schauft ebrfürdigh voll empor zu den sozialistenfeindlichen reichen Kapitalisten und neigst dein Haupt in Demut und Ehrfürcht vor jedem Arbeiterfeind. Dennoch steht es mit deinem Sozialismus faul, noch fauler mit irgendwelcher Verbundenheit mit den für die Verbesserung ihrer Lebenslage strebenden Proletariaten. Dennoch bist du anweder ein verkappter Arbeiterfeind, ein verächtlicher Renegat der Arbeiterchaft, der sich in der Schergendstunde des Kapitalismus gestellt hat, oder du bist ein armer Verwirrer, der den Gegensatz, in dem er sich dem Titel seiner Partei zum Spott bewegt, nicht merkt und glaubt, froh alledem auf dem rechten Wege zu sein. Bei vielen Menschen reicht vor allem in Notzeiten das bishen Gehtir nicht aus zu einfacher Wahrheits-erkennung. . . .

Doch sei dem wie es will. Willst du trotz dieser Widersprüche noch Mitglied der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei bleiben, dann zu. Sei aber dann so weit ehrlich, bei deiner Parteileitung zu beantragen, den Namen deiner Partei zu ändern in „Nationalistische Schutztruppe der arbeitenden Klassen“. Das ist ein Vorschlag in Güte. Wenn du nämlich die Anfangsbuchstaben dieser edlen und wahren Bezeichnung aneinander reißt, dann ergibt sich ebenfalls NSDAP. In der Kürzung bleibt demnach die Färbung bestehen. Aber ich und wieder werdet ihr dann diese neue Bezeichnung in vollem Wortlaut gebrauchen wollen, und dann nennt sie ohne Scham und Skrupel. Dann wäre ihr einmal ehrlich! Zeits.

Aus den Baugewerkschaften

Limbach Sa. („Einheitsfront“-Error) Hier tut sich die A.O.D. besonders hervor; aber nicht etwa gegen das Unternehmertum, sondern gegen die Arbeitsschergenossen, die nicht gewillt sind, die Gewerkschaften zu zerstückeln. Einen Kollegen, der sich strikte an die tariflichen Bestimmungen gehalten, bezichtigten die A.O.D.-Jubiler frech als Streikbrecher, nur deshalb, weil er im Frühjahr ihre Dummheit nicht mitgemacht hatte. Als er jetzt auf einer Baustelle eingestuft wurde, die mit A.O.D.-Leuten besetzt ist, weigerten sich diese mit ihm zusammen zu arbeiten und drückten unsern Kollegen heraus. — Wir werden diese „Einheitsfrontler“, die sich gegen Freigewerkschaftler so radikal gebärden, in ihre Schranken verweisen!

Schwein i. R. Am 1. Oktober ehrten wir unsere Jubilare, die fünfundsiebzig Jahre und mehr unserer Organisation angehören. Aus der Zeit vor der Gründung des Zentralverbandes der Maurer, also seit der Zeit der Fabovereinigung, sind die Kollegen Karl Kopp, Wilhelm Weidt und August Schulz organisiert. Außer ihnen sind vier Kollegen seit 1892 organisiert und weitere zwei Kollegen können auf 25 Jahre Mitgliedschaft zurückblicken. — Trotz der schweren Zeit hatte es sich die Baugewerkschaft nicht nehmen lassen, die Jubilare und ihre Frauen zu einer Feierstunde einzuladen. Kollege Finger betonte in seiner Ansprache, es sei für die alten Jubilare ein Stolz, all die Jahre hindurch frei zur Organisation gefunden zu haben. Auch den Frauen der Jubilare gebühre alle Ehre. Sie haben den großen Lebenskampf mitgestanden. Bei Streiks, Ausparierungen und in Zeiten der Arbeitslosigkeit haben sie frei ihren Lebensgefährten zur Seite gestanden.

Aus der Bauarbeiter-Internationale

Die Urabstimmung des Alg. Ned Bouwarbeidersbonds (ANB).

(B.-J.) Die Mitgliedschaft des ANB. hat den vom Vorstand empfohlenen Einigungsvorschlag mit 14798 gegen 9347 Stimmen angenommen. Damit ist die Entscheidung des außerordentlichen Kongresses, der am 15. September in Utrecht getagt hat, hinfällig geworden. Im Vergleich mit früheren Urabstimmungen ist die starke Beteiligung hervorzuheben. Der ANB. zählt zur Zeit 30 855 Mitglieder, von denen 12 527 arbeitslos sind. Man darf wohl vermuten, daß die arbeitslosen Mitglieder für die Annahme ausschlaggebend waren; denn sie eiden darunter, daß sie bei der langen Dauer der Arbeitslosigkeit nach Ablauf ihrer Unterstützungsberechtigung höchstens noch aus der Armenkasse der Gemeinden etwas erhalten. Nunmehr kann ihnen die Arbeitslosenkasse ihrer Organisation statt für nur 25 Tage die Unterstützung für 50 Tage zahlen und außerdem haben sie nach Ablauf dieser Frist Anspruch auf die Krisenunterstützung.

Die Annahme des Einigungsvorschlages hat dem ANB. vor einer großen Gefahr bewahrt. Die beiden ändern an dem Tarifvertrag beteiligten Bauarbeiterverbände, der römisch-katholische und der christliche, haben den Einigungsvorschlag sofort angenommen, ihre arbeitslosen Mitglieder konnten auch sofort die damit verbundenen Vorteile genießen. Die arbeitslosen Mitglieder des ANB. jedoch wären nach Ablauf ihres Unterstützungsanspruchs für 25 Tage behandelt worden wie unorganisierte Arbeiter. Da sie diesem Schicksal entgegen kommen durch Uebertritt in einen der christlichen Verbände, wäre mit einem großen Mitgliederverlust des ANB. zu rechnen gewesen. Wie nahe diese Gefahr war, ergibt sich aus der Mitgliederzählung, die im vergangenen September einen Verlust von 350 anzeigte. Die Bauarbeiter Hollands haben von zwei ihnen drohenden Uebeln das kleinere gewählt.

Vom Bau

Uffhausenburg. (Zurmeinsturz am Kirchnenubau.) Am 3. Oktober führte der Turm am Neubau der evangelischen Kirche in Uffhausenburg in sich zusammen. Die Maurerarbeiten an dem zwanzig Meter hohen Turm waren bereits beendet, so daß die Zimmerer am folgenden Tage mit dem Aufrichten beginnen sollten. Da sich der Einsturz erst längere Zeit nach dem Arbeitschluss ereignete, sind glücklicherweise keine Bauarbeiter zu Schaden gekommen. — Ueber die Ursachen des Einsturzes herrscht noch keine völlige Klarheit. Nach den ersten Feststellungen einer Sachverständigenkommission soll der Mörtel nicht schnell genug abgeben haben und dadurch das Unglück verschuldet worden sein. Der Mörtel ist unersetzbar, ertrachtet schon deshalb daran unzulässig, weil man ihm zum Abbinden nicht die notwendige Zeit gelassen hat; schuldig dagegen erachtet wir jene, die durch Antreiber Profit machen wollen. In Nr. 40 des „Grundstein“ haben wir das widerwärtige Gebahren einiger hiesiger Unternehmer aufgezeigt und dabei auch auf die Mißstände an diesem Kirchenneubau hingewiesen. Ob Bauauftraggeber und Unternehmer aus diesem Baueinsturz eine Lehre ziehen und vernünftiger werden, müssen wir nach den letzteren Erfahrungen bezweifeln. Uns Bauarbeiter aber gibt auch dieser Vorfall erneut die Gewißheit, daß wir im Kampf um Leben, Gesundheit und anständige Arbeitsbedingungen nicht erlahmen dürfen!

Efen. (Bericht der Bauarbeiterföschungskommission.) Am 4. Oktober führte die Bauarbeiterföschungskommission der Großstadt Efen über den ganzen Bereich eine Baukostenkontrolle durch, die sich auch auf den Bezirk Wostrop erstreckte. Erstakt wurden insgesamt 46 Arbeitsstellen, an denen insgesamt 1933 Arbeiter beschäftigt waren. 1345 dieser Arbeiter waren Vollstands-, Wohlfahrts- und Pflichtarbeiter, 128 waren freiwillige Arbeitsdienstler. Nur 480 waren freie Arbeiter, die zum Tariflohn arbeiteten. Unter den 1345 befinden sich auch die Stedler, die als Erwerbstätige bei Unterföschungsempfang ihre Stedlungsarbeit durchführen. Es sind also gegenüber normalen Zeiten im Gebiet 8550 Leute weniger beschäftigt. Liebt man die Pflicht-

Wohlfahrts- oder Vollstandsarbeiter ab, so kann man sagen, daß zur Zeit der Kontrolle rund 97% der bauwerklichen Arbeiter arbeitslos auf der Straße lagen. — Unfälle wurden zwei schwere festgelegt. Bei der Firma Friedrichsmeyer am Staube wurde einem Arbeiter ein Bein abgefahren, an einer anderen Stelle war einem Arbeiter ein Stein auf den Kopf gefallen. Der letzte Unfall wurde gemeldet. Der Verbandsrat setzte bei der „Eigene Tat“ (Stedlungsbau). Nicht in Ordnung waren die Verbandskassen bei Hegerfeld, Freundlieb u. Co., „Eigene Scholle“, Wäpfer u. Sobn. Bei der Firma Ufer in Wredenev ist im Einverständnis mit der Baupolizei die Baubude im feuchten Keller. Insauber und unordentlich waren die Buben bei der Firma Hagemann in Wostrop, wo die Buben, Aborte und Verbandskassen nachlässig und unsauber sind, wird den Arbeitern außerdem Unterartiföhlung angedoten. Zur Wohnföschungserföhrung wurde den Vertretern der Bauarbeiterföschungskommission der Zutritt verweigert. Die dort beschäftigten Arbeiter haben alle Ursache, sich hiergegen aufzulehnen und dafür zu sorgen, daß Kontrollen, die in ihrem Interesse liegen, ordnungsgemäß durchgeführt werden können. Winterhauen waren weder verschalt noch abgeschlagen. Das ist im Neubaugebiet nach Meinung der Untertöchner und der Berufsvereinsföschung nicht notwendig. Erst wenn die Arbeit ihnen verweigert wird, Hilfestellung oder abgeduldet. — Kontrolliert wurden durch die Unfallberufungsvereinsföschung von 46 Arbeitsstellen nur 18. Dafür verweist es der Efsener Vertreter der Unfallberufungsvereinsföschung sehr gut. Anföschreiben herauszugeben, um den Vertretern der Bauarbeiterföschungskommission auf den Arbeitsstellen den Zutritt zu verweigern. — Wenn man nur auch im Durchföchnitt die Verfassung der Baubuden, Aborte und Verbandskassen als befriedigend bezeichnen kann, so ergeben sich immer noch Auswüchse, die durch die Kontrolle der Unfallberufungsvereinsföschung unterbunden werden müssen. Nur schade, daß man nicht alle Verstöße sofort photographisch festhalten kann, um den Vertretern der Berufsvereinsföschung zeigen zu können, wie die Mißstände aussehen. — Wir bitten unsere Kollegen und Baubedienten, alle Unfälle unverzüglich der Bauarbeiterföschungskommission, Efen, Friedrich-Ebert-Str. 67, zu melden, damit von dort aus sofort die nötigen Feststellungen getroffen werden können. Bauproleten, wehrt euch eurer Haut; denn ihr habt sie zu Markte zu fragen!

Politische Zeitnotizen

Der „Apparat“. Gewisse Leute sprechen mit großer Vorliebe vom „Apparat“, wenn sie mit irgendeinem politischen Ergebnis oder einer Maßnahme ihrer Organisation nicht zufrieden sind. Der „Apparat“ geht angeblich diktorisch über die Meinung der Mitglieder hinweg. Tatsächlich liegen in jedem „Apparat“ gewisse Gefahren. Der Gegensatz zwischen Bewegung und Organisation ist, solange es Organisationen gibt, stets vorhanden gewesen und wird nie ausgerottet werden können. Aber eine Bewegung ohne Organisation, ohne „Apparat“, ist undenkbar. Organisation ist nun einmal unbedingt notwendig. Mit ihr ist unlosbar verbunden der „Apparat“. Bewegung und Organisation unterscheiden sich darin, daß diese zweckbestimmt ist, jene aber zielbestimmt. Es kommt darauf an, die natürlichen Reibungsflächen, die sich aus diesem Gegensatz ergeben, auf ein möglichst geringes Maß zu verringern. Die Organisation, der diese Verringerung am besten gelingt, wird die leistungsfähigste sein. Man muß sich aber darüber klar sein, daß eine völlige Aufhebung der Reibungsflächen unmöglich ist. Eine Organisation, wie beispielsweise die SWP., die ihren Mitgliedern die denkbar größten Freiheiten einräumt, ihnen überall unmittelbare Demokratie verleiht, bei „Apparat“ und „Bürokratie“ nicht herbeizuführen sollte, diese „Organisation“ ist heute schon bereits in voller Auflösung. Organisation, „Apparat“ und Unterordnung sind nicht zu vermeidende Notwendigkeiten. Das müssen alle die bedenken, die so leicht in ihren Annahmen über einen Mißerfolg auf den „Apparat“ wälzen möchten. Jede Organisation bedingt ein gewisses Maß von Bürokratie, zeigt auch ein gewisses Beharrungsvermögen. Es kommt darauf an, das Beharrungsvermögen nicht zu einer Erstarrung auszuwachsen zu lassen.

Kommunistischer Wohlaufbruch. Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei Deutschlands hat einen Wahlaufbruch erlassen, in dem es die Arbeiter auffordert, das in „vierzehn Jahren Ertrugene zu verteidigen und sich schützend vor die Gewerkschaften zu stellen“. Merkwürdig! Wäher hörte man von den Kommunisten stets, es sei nichts erreicht worden. Plötzlich, in einem unbedachten Wahrheitsbrang, erblickt in der KPD-Zentrale eine realpolitische Parole der „Sozialfaschisten“ das Licht der Welt. Ratten nagen am Berliner Karl-Liebknecht-Spaß! Wer aber hat denn das Ertrugene geschaffen? Die KPD? Nein! Ihre Fraktionen haben bei allen Gelegenheiten stets mit den Reichsarbeitern, mit der Reaktion gestimmt. So wiederholt im Reichstag und in Landtagen. Sie stimmten gegen das Arbeitslosenversicherungsgesetz und gegen manches andere, was zu verteidigen sie jetzt auffordern. Mit den Nazis und dem Stahlhelm machten sie gemeinsam einen Volksentscheid gegen die republikanische Preußenregierung. Die Wähler mögen also bedenken, daß das jetzt zu verteidigende ausschließlich von der Sozialdemokratie errungen worden ist. Keine andere Partei kann besser als sie das Ertrugene verteidigen! Ueber den inneren Wert der Aufforderung der KPD., die Gewerkschaften zu schützen, ist kein Wort zu verlieren.

So sprach Reichskanzler von Papen am 12. Oktober in München:

„Wer sich in diesem Kampf nicht eindeutig hinter die Regierung stellt, ist ein Feind des deutschen Volkes.“

„Ein Feind des Volkes“, der nicht Beifall klatscht, wenn vier Milliarden an das Großkapital verschickt und 1½ Milliarden jährlich den Rentnern und Witwen, den Kriegsbeschädigten und Arbeitslosen abgezackt werden!

„Ein Feind des Volkes“, wer nicht Hurra ruft, wenn die Löhne herabgesetzt werden und sich täglich in allen Städten ungezählte Menschen aus Hunger das Leben nehmen!

„Ein Feind des Volkes“, wer nicht einverstanden ist, daß den Besitzenden alles gegeben und dem Volke genommen werden soll, was ihm an politischem und sozialem Recht noch geblieben ist!

„Ein Feind des Volkes“, wer lieber die von Last, Arbeit und Not ausgemergelte Hand des Arbeiters drückt, statt die parfümiertende, ringgeschmückte eines Hohenzollernprinzen.“

„Ein Feind des Volkes“, wer in der Politik des Herrenklubs den sicheren Abgrund sieht!

Die Wahrheit ist, daß 95 Proz. des deutschen Volkes nicht „der Feind des Volkes“ sind, sondern Feinde des Herrenklubs!

„Feind des Volkes“

Ein Wort, das nicht vergessen werden darf!

Achtung! Neue Dolchstoßlegende in Sicht! Gewisse Regierungsmänner, die einen Föschlag des Papenchen Arbeitsbeschaffungsprogramms befürchten oder mindestens keinen vollen Erfolg voraussehen, sind drauf und dran, eine neue Dolchstoßlegende zu fabrizieren. Besonders die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei, die vom Papenchen Sanierungsplan nicht viel erwarten, werden von der Regierung vorföchtig für den etwaigen Föschlag verantwortlich zu machen versucht. Sie sprechen von einer Sabotage gegenüber den Maßnahmen aus der Notverordnung. Deshalb sei festgelegt, daß die Gewerkschaften jedem wirklichen Arbeitsbeschaffungsprogramm vollen Erfolg wünschen. Wenn sich die Gewerkschaften von dem Sanierungsplan der Reichsregierung keinen vollen Erfolg versprechen, so in erster Linie deswegen, weil durch die Maßnahmen des Planes einem großen Teil der Arbeiterschaft Kaufkraft genommen wird, ohne dafür zu sorgen, daß an anderer Stelle die Massenkaufrkraft im genügenden Maße so sehr gefäkräft wird, daß eine wirkliche Belebung der gesamten Volkswirtschaft gewärfestest ist. Wenn der Papen-Plan nun vollsten Erfolg föhrt, dann sind daran nicht die Gewerkschaften schuld, deren erste Aufgabe es, daß Lohnniveau nicht weiter absinken zu lassen, sondern „dann ist die Schuld darin zu suchen, daß der Plan viel zu stark an inneren Widersprüchen leidet. Eine Maßnahme hebt vielfach den Erfolg der anderen auf. Der Versuch, eine Dolchstoßlegende zu fabrizieren, dürfte noch weniger Erfolg haben als die bekannte Dolchstoßlegende von 1918.

„Diktatur des Proletariats“. Die Zentralkommission der kommunistischen Partei Rußlands hat zwanzig prominente Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen. Die Gemäßigten hatten — wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion mitteilt — „auf illegalem Wege eine Kulakenorganisation zur Wiederherstellung des Kapitalismus zu schaffen versucht“. Unter den Ausgeschlossenen, von denen die meisten bereits früher wegen oppositioneller parteiexterner Tätigkeit einmal ausgeschlossen waren, befinden sich auch Sinowjew und Kamenev. Den Ausgeschlossenen gingen Massenverhaftungen von trotzkistischen Anhängern voraus. Stalin hält seine Stellung für so bedroht, daß er wieder die Qualitäten der Zentralkommission in Tätigkeit setzen muß. Sein Zorn gegen ein Symptom besonders unvorsichtiger, Ungehörigkeit und Trot im Volke. Die Gefahren für die Stalinische Diktatur sind groß, zumal die Reichsopposition das Sprachrohr der Bauern ist. Die Diktatur des Proletariats“ richtet sich — wie man sieht — wieder einmal gegen die eigenen Anhänger. Siehe Trotski.

5000 Matkoffis. Als Hitler bei den Verhandlungen um die Regierungsbeteiligung forderte, seiner SW. drei Tage lang die Straße freizugeben, fragte einer der Teilnehmer Hitler, ob er denn in Deutschland einen Fall Matkoffis wünsche. Darauf antwortete Hitler, daß wenn er an die Macht käme, 5000 deutsche Matkoffis sterben müßten. Die Empörung des Reichspräsidenten war — so heißt es — sehr groß. Er habe Hitler nach dem verrätkten Vorfall die Tür geschlossen. Das war der bekannte Verlauf der Verhandlungen, wo Hitler stehenden Fußes abgefertigt wurde.

Erkronprinz Reichsoberweiser? Nach einer Veröffentlichung des „Vorwärts“ soll der reichste aller Dunkelkammermänner, der Erkronprinz, folgendes erklärt haben: „Papen, Schleicher, Hindenburg und er, der Erkronprinz, wüßten, was sie wollten und seien sich einig, in einem geeigneten erscheinenden Zeitpunkt würde Hindenburg ihn zum Reichsoberweiser bestimmen und juridiktieren. Er werde sich dann auf die Reichsoberweiser, die auf das Reich übertragene Schutzpolizei und 400 000 bewaffnete Stahlhelmerstützen. Einen 9. November werde es nicht wieder geben. Die Träger dieses Planes seien entschlossen, für ihre Sache zu kämpfen und, wenn es sein müßte, zu sterben. (Was die Monarchisten angeht, des Lebenswandels ihres Erbältern in Charleville nicht zu bedürften haben. O. Schriff.) Rupprecht von Wittelsbach sei mit ihnen einverstanden und werde an demselben Tage, an dem er, der Erkronprinz, Reichsoberweiser werde, an die Spitze eines Donaukönigreichs treten. — Die Reichsregierung läßt allem verbleiben, daß es sich bei diesen Verleumdungen um ein reines „Phantasmagorikum“ handle. Der „Vorwärts“ erklärt als Antwort, er stelle unter Beweis, daß der Erkronprinz sich so geäußert hat. Der des Hochverrats verdächtige Erkronprinz könnte nun klagen, wenn er ein Kerl ist. Aber — dor lur opp!

Kommunalwahlen als Vorzeichen? In letzter Zeit sind in einigen Gemeinden Kommunalwahlen durchgeführt worden. Diesen Wahlen ist eigenförmlich, daß überall die nationalsozialistischen Stimmen gegenüber der Reichstagswahl vom 31. Juli stark zurückgegangen sind. In zwei sffrenföhrigen Gemeinden sind auch die sozialdemokratischen Stimmen zurückgegangen, wenn auch bei weitem nicht so stark wie bei der Nationalparlamentarier. In einer Gemeinde im magdeburgischen Bezirk haben sich jedoch die sozialdemokratischen Stimmen gegenüber der Reichstagswahl nahezu verdoppelt. Kommunalwahlen sind, weil ihnen bei weitem nicht die politische Bedeutung von Reichstagswahlen zu-

kommt und ihnen auch nicht die Aufrüstungskraft von Reichswahlen innewohnt, nicht ohne weiteres als unbedingte Vorzeichen von Reichstagswahlen anzusehen. Immerhin zeigen die erwähnten Kommunalwahlen einseitlich, daß der nationalsozialistische Einfluß und das Ansehen Hitlers im Reichstagen ist. Das dürfte sich bei den Reichstagswahlen im November bestätigen. Für die klassenbewußte Arbeiter-schaft möge dies ein Ansporn sein, alle Kräfte anzusetzen für den weiteren Stoß gegen die faschistische Hitler-Partei. Alle Arbeiterstimmen der parlamentarischen Vertretung unsere Gewerkschaften der Sozialdemokratie!

Verboten! Die vom Gesamtverband herausgegebene „Beamten-Gewerkschaft“ ist bis zum 25. Oktober verboten worden. Das Verbot wird begründet mit Ausführungen, die sich gegen die Regierung Papen richten. Angezogen werden Schriftsätze, in denen der Regierung Papen-Schleicher-Gaull vorgeworfen wird, sie seien unwillkürlich Beamte ab und jeße sich über Verfassung und Recht hinweg. Nach fünfzig Jahren also Wiederholte von Gewerkschaftszugehörigen.

Sozialdemokratischer Sieg bei den belgischen Gemeindevahlen. Das entgegliche Ergebnis der belgischen Gemeindevahlen hat den Sozialdemokraten einen Reingewinn von 400 Mandaten und die Mehrheit in 60 Gemeindevewaltungen gebracht. Die Sozialdemokratie propagiert jetzt die Auflösung des Parlaments.

Hilfe unseren Gefangenen! Die Vorstände der SPD, der IWOB, und andere Spitzenorganisationen der Arbeiterbewegung haben einen Aufruf zu Hilfsaktionen für verwundete und von der Papen-Bracht-Justiz verfolgte Genossen und Kollegen erlassen. In dem Aufruf wird daran erinnert, daß die Reichstagswahl am 31. Juli die Hoffnung der Nazis zerstört hat, auf legalen Wege zu der von ihnen erstrebten Hörensprecherschaft zu gelangen. Die Niederlage trieb die NSDAP, in einen wahren Wutausbruch. Allein in den letzten Wochen nach den Reichstagswahlen wurden die Nazis 33 Bombenanschläge, 39 Feuerüberfälle, 16 Schußwunden, 8 Tote und 21 Verwundete waren die Opfer. Hitler erklärte sich solidarisch mit den

Je mehr Mittel, je mehr Kraft!
Für die Woche vom 16. bis 22. Oktober ist der 43. Bundesbeitrag für 1932 zu zahlen.

schlimmsten Mördern. Die obengenannten Vorstände rufen auf, die verfolgten und gefangenen Kämpfer nicht zu verlassen und die Angehörigen der gefestigten und gefangenen Kameraden wirksam zu unterstützen. Alle sozialdemokratischen Zeitungsredaktionen, alle örtlichen Hilfsstellen der Gefangenen- und Verwundetenhilfe und alle Filialen der Arbeiterkassern nehmen Geld- und Sachspenden entgegen.

Serrenreiterferd. Seitdem die Nationalsozialisten mit Papen böse sind, weil er ihnen nicht die ganze Staatsmacht geben will, nennen sie ihn nur noch spottend den „Serrenreiter“. Nun kann man im nationalsozialistischen „Freiheitskämpfer“ Nr. 31 lesen: „Das deutsche Volk aber braucht in seiner katastrophalen Lage ein fähigeres Pferd in seinem Reinen um Leben und Sterben. Ein solches Pferd ist Adolf Hitler.“ Einer solchen Selbstkenntnis soll man nicht widersprechen, zumal wenn durch sie der politische Zusammenhang zwischen Papen-Regierung und Hitler noch klarer wird. Der Serrenreiter Papen hat sich auf das Pferd Hitler gesetzt und ist losgeritten. Jetzt hocht der Gaul und möchte den Reiter abwerfen. Aber ein Pferd ist eben ein Pferd. Daher kommt es, daß das Pferd Hitler noch gar nicht gemerkt hat, daß der Serrenreiter von Papen längst am Ziel ist.

Der kleine Korporal. Der Nazi-Minister von Mecklenburg-Schwerin, Scharf, hat sich von seinem Ministerkollegen Granzow, dem Schwager Goebbels, jetzt während seiner aktiven Ministerzeit zum Ober-Regierungsrat ernennen lassen. Damit ist die Geschichte des Parteibuch-Besitzentums der Hitler-Partei um ein weiteres Blatt vermehrt worden. In der Spitze steht bekanntlich Adolf Hitler, „Regierungsrat in braunschweigischen Staatsdiensten“.

„Mit Hindenburg für ein neues Deutschland!“ Das ist die neue Floskel der Sozialreaktion. Uns Gelegenheit war, für Hindenburg einzutreten, haben selbst die Prominentesten sich gegen Hindenburg, für Duesterberg oder Hitler erklärt. Mandus vult capit...

Nikolaus Bernhard Reichstagskandidat. Der Vorliegende unseres Bundes, Kollege Nikolaus Bernhard, kandidiert zur Reichstagswahl wieder auf der Reichsliste der Sozialdemokratischen Partei.

Wald für die „feinen Leute“. Der Ober-Nazi Goebbels hat kürzlich geschimpft über die „feinen Leute“, die über die breiten Schultern der Nazis in die Unmöglichkeit geklettert seien. Mit den gleichen „feinen Leuten“ wird aber schon wieder gemogelt. So hatte der nationalsozialistische Stadtrat von Coburg beschlossen, anlässlich der Hochzeit einer Prinzessin Spillville mit einem Schwedenprinzen 12000 M für die Ausbesserung der Stadt zu bewilligen. Man sieht, diese Angst-Partei hat Verständnis für die Bedürfnisse der „feinen Leute“. Aber die Nazis waren ja schon immer das Volk der feinen Leute. Sie haben auch die echte Volksgemeinschaft. Daß im Coburger Falle außerdem noch durch die verdrückte Wirtschaft der Nazis der Bankrott der Stadt vor der Tür steht, hinderte dennoch nicht, 12000 M für die Ausbesserung der Stadt auszuwerfen. Das gehört eben zur echten Volksgemeinschaft.

Allgemeine Rundschau

Rückgang der Arbeitslosigkeit? Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung meldet für die zweite Hälfte des Monats September 1932 einen Rückgang der Arbeitslosigkeit um 163 000. Während des ganzen Monats September hat nach diesen Zahlen die Arbeitslosenzahl nach einer vorübergehenden Erhöhung um 123 000 abgenommen. Die Verringerung soll auf saisonmäßige Einflüsse, auf die Maßnahmen der Reichsregierung und im beschränkten Umfang auf die Verringerung des Unterfüßungsrechtes zurückzuführen sein. Das ist reichlich unklar ausgedrückt. Wir gehen nicht fehl in der Annahme, die Reichsanstalt

von Arbeitslosen habe weiter dazu beigetragen, daß die Arbeitslosen von den Arbeitsämtern einfach verschwinden. Mehrereinstellungen werden von der metallverarbeitenden Industrie, vom Baugewerbe und von der Industrie der Steine und Erden gemeldet. Die Mehrereinstellungen sollen überdies auf das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung zurückzuführen sein. Ein saisonmäßiger Auftrieb sei in der Landwirtschaft, im Bekleidungs- und Genussmittelgewerbe festzustellen. Anzeichen einer konjunkturellen Entspannung bleiben nach der gleichen Quelle auf einzelne Zweige der Spinnstoffindustrie und der Holzverarbeitung beschränkt. — Die Zahl der Arbeitslosen arbeitete im Laufe des September von 67 000 auf 72 000 vermehrt werden. Im freiwilligen Arbeitsdienst werden rund 200 000 beschäftigt gegen 144 000 im Vormonat. — Wenn sich der Arbeitsmarkt im September um 123 000 wirklich entlastet hätte, dann könnte man von einer fähbaren Besserung sprechen. Da dies aber nicht der Fall ist, wirkt die Krise auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor. Ob die Anhebungsmaßnahmen der Regierung irgendwelchen Erfolg haben, wird erst später festzustellen sein.

Solidaritätshilfe. Der Hauptauslöser für Arbeiter-mohlschaft erlöst einen Aufruf zum Kampf gegen die Prof. Er appelliert an alle einmündigen Arbeiter, Angestellten, Beamten und Arbeiter und alle Freunde der Arbeiterschaft, durch die Tat zu beweisen, daß der Geist der Kameradschaftlichkeit trotz Not und Unterdrückung in der Arbeiterschaft lebendig ist denn je. Er ruft auf zur Hilfe, um das Millionenheer der notleidenden Brüder und Schwestern nicht völlig hilflos werden zu lassen. Jeder, der es irgendwie kann, muss einzugreifen, soll es tun. Der IWOB, der IFA-Bund, die Sozialdemokratische Partei, der Haupt-vorstand der Sozialistischen Arbeiterjugend und die Zentral-kommission für Arbeiterport und Körperpflege rufen gemeinsam auf dieser Solidaritätshilfe auf. Wer es irgend kann, folge diesem Aufruf!

Kalkabahn im August. Im Monat August gestaltete sich der Kalkabahn folgende Statistik: Zementkalk 155 310 Tonnen, kostentante Kalk 25 357 Tonnen, Rohkiese 121 195 Tonnen. Der Absatz im Demnach, wie bereits im ganzen Jahre, völlig unbefriedigend.

Keine Behebung des Zementabfalls. Auch im September hielt sich der Zementabfall mit 233 000 Tonnen ungefähr auf der Höhe des Augustabfalls, der 236 000 Tonnen betrug. Der Deutsche Zementbund behauptet — und das ist recht bezeichnend — daß eine Behebung des Zementabfalls als Auswirkung der Regierungsmassnahmen für September nicht festzustellen sei.

Verleumdungen der Volkshilfe und Erpresser. In vielen Ecken werden systematisch von Agenten der Konkurrenz, von Versicherungsgesellschaften, von Angehörigen rechtsradikaler Parteien offensichtliche Unmoralitäten über die Volkshilfe verbreitet. Im Westfälischen hatte man zur Verunglimpfung des gewerkschaftlich-gesellschaftlichen Versicherungsunternehmens sogar eine Broschüre mit dem anziehenden Titel „Volkshilfe ist Volksbetrug“ herausgegeben, in der der Verfasser allerdings ver-gessen hat, beweiskräftige Gründe für die unerbörliche Behauptung aufzuführen, weil solche Gründe trotz besten Willens nicht anzuführen sind. Welche moralischen Werte diese Art „Freunde“ der Volkshilfe besitzen, erkennt man aus einem Erpressungsversuch, den der Verfasser der fraglichen Broschüre vor dem Erscheinen unternahm. Er bot der Volkshilfe das Verfügungsrecht über das Manuskript der Broschüre vor ihrer Drucklegung an, wenn sie sich zur Zahlung von 300 000 M bereit erklärte. Das Gericht hat inzwischen auf Antrag der Volkshilfe ein Urteil gefällt, wodurch die Verbreitung der Broschüre verboten wird, und durch Anzeigedie das Erpressungsverbot für das Gericht, daß der anspruchsvolle Vertreter des „ermachenden Reichs-lands“ hinter Schloß und Riegel ist. — In zwei weiteren Fällen, in denen nationalsozialistische Redner in Versamm-lungen und Konkurrenzveranstaltungen auf Verbeugungen die un-sinnige Behauptung aufstellten, die „Volkshilfe sei pleite“ und „sei zahlungsunfähig“, sind ebenfalls Gerichtsbeschlüsse ergangen, wonach die Aufstellung derartigen Behauptungen verboten ist, weil sie jeder Grundlage entbehren. — Die werktätige Bevölkerung und die Versicherten der Volkshilfe sollen sich nicht beeinflussen lassen und ihre Ver-sicherungen im eigenen Interesse aufrechterhalten. Beim Auf-tauchen so skrupellos arbeitender Verleumder ist es rassist, die zuständige Rechnungsstelle oder die Vertrauensleute der Volkshilfe zu benachrichtigen, um den Leuten das Schandmal zu fropfen.

- Gedenktafel verstorbenen Mitglieder.**
- Muerbach J. B. (Reichenberg). Otto Kropfgans, 5, 23 J.
 - Baunert (Mittel) Paul Robschin, 49 Jahre alt.
 - Colbitz Ernst Janick, Maurer, 49 Jahre alt.
 - Colbitz Otto Zimmer, Scheibenhilfer, 43 Jahre alt.
 - Gustav Sattler, Scheibenhilfer, 71 Jahre alt.
 - Detmold Fritz Ziegenbein, Maurer, 57 Jahre alt.
 - Dresden Paul Kretsch, Maurer, 66 Jahre alt.
 - Heinrich Preusche, Hilfsarbeiter, 69 Jahre alt.
 - Düffeldorf Karl Nellessen, Hilfsarbeiter, 52 Jahre.
 - Wilhelm Wichmann, Maurer, 59 Jahre alt.
 - Elbing (Mühlhaußen) Aug. Essner, Schächtmtr. 55 J.
 - Franfurt/M. Thomas Hassert, Hilfsarb., 46 Jahre alt.
 - Friedrich Kretsch, Maurer, 51 Jahre alt.
 - Karl Schmidt, Maurer, 45 Jahre alt.
 - Halle Otto Fuchs, Bauwerkmtr., 62 Jahre alt.
 - Insterburg. (Gumbinnen) Gustav Kausch, Hilfsarb., 57 Jahre alt.
 - Kassel (Niederzwehren) Heinrich Seitz, M., 70 J.
 - Celzpy (Glenburg) Ernst Rost, Maurer, 84 Jahre.
 - Mannheim. (Ludwigshafen) Georg Haas, Ziehsar-b., 76 Jahre alt.
 - Karl Sentleben, Stukatur, 63 Jahre alt.
 - Meißen Robert Krumbiegel, Töpfer, 73 Jahre alt.
 - Hannoversch. Karl Grubkowsky, Maurer, 76 Jahre.
 - Schweinfurt. (Nidlingen) Reinhard Hofmann, Maurer, 50 Jahre alt.
 - (Nidlingen) Anton Schmitt, Maurer, 25 Jahre alt.
 - Meißen Wilhelm Ehrhorn, Maurer, 39 Jahre alt.
 - Otto Oetke, Maurer, 44 Jahre alt.
- Ehrendem Andenten!

Herzlichen Dank!
Aus Anlaß der Vollendung meines 65. Lebensjahres ist mir eine allen Kreisen der Arbeiterschaft in so großem Ausmaß gewidmet worden, daß mir die Mühseligkeit ist, für die mir erwiesene Anerkennung in einzelnen zu danken. Dies geschieht nun auf diesem Wege. Im Übrigen verbleibe ich, alles was in meinen schwachen Kräften liegt, auch in der Zukunft an tun, um die Freiheit und Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen. S. Ullrich R. G.

Danksgiving.
Da es mir unmöglich ist, für die mit aus Anlaß des Hinscheidens meines lieber Mannes erwiesene Teilnahme jedem einzeln zu danken, sei auf diesem Wege allen herzlich dankt. Margaretha Peters.

Bücher u. Schriften

Schere Gienne. Von John Anttel, Verlag „Völkerverständnis“, Berlin SW 61, Reichstr. 5. — Die beste Arbeit des Verf. ist diese die Feststellung, daß der Leser von ihm so in Bonn gehalten wird, daß er alles mit sich herum trägt, bis er die Erklärung zu Ende gelesen hat. Eine solche Erklärung verlangt die „Schere Gienne“, die als dienende Wagnis im gleichen Sinne die Pflicht eines Völkerverständnisses, sich aber in besten Göttern mehr vertieft als in ihren Göttern und als Folge seiner reinen Liebe — zur Götterwelt an ihrem 30 Jahre älteren Mann, nicht ohne seine eigene Hilfe, sich dann freiwillig dem Gericht; beide nehmen sie die Schuld auf sich. Die „Schere“ der Götter des gemordeten Vaters —, an sich nicht glücklich, daß sie bis zum letzten Augenblicke nicht in einem Göttermutter. — Dieses gemaltete Problem hat der Verfasser, indem er die Götter so genau formt, die Charaktere so klar wie uns hin-dertlich so genau formt, die Charaktere so klar wie uns hin-dertlich hat mit „Schere Gienne“ einen aus der Götterwelt unter den vielen guten Büchern der letzten Jahre ist dieser Roman eine Götterwelt.

Reine Arbeiter für den Sozialismus. Verlag Alfred Bröckel, Pots-dam, Wallstr. 48. — Die Zeitungsartikeln des Verf. 20 wird nach den Grundgedanken gewisser Konstitutionsfehler der Verfassung die gegen-wärtige Lage unterliegt. Daneben enthält das Werk noch eine Reihe für den politischen Kampf wertvoller Arbeiten, die zugleich über die Lage hinausweisen; so Erfahrungen aus dem Völkerverständnis über die Bedeutung der neuen Propaganda-mittel, die Bedeutung gewisser Gewerkschaften, die Bedeutung der Gewerkschaften in der Arbeit, sowie weitere Beiträge über aktuelle Fragen. Auch dies Werk begründet den Wert dieser lehrreichen Zeit-schrift. — Probehefte liefert der Verlag Lottentien.

Reinhold 1931 des IWOB. Das von uns bereits besprochene Jahrbuch sollte für Gewerkschaftsmittler gebunden 5,10 M, loszeln-weise 4,50 M. Es ist 325 Seiten stark und zu beziehen durch die Verlagsgesellschaft des IWOB, Berlin E 14, Nollstr. 64.

Weltanschauung. Diese Zeitschrift für gesundheitsmäßige Lebensführung des heutigen Arbeiters hat jeden die Arbeiter-Summe heraus-gebracht. Sie hat immer einen reichen Inhalt und zu beziehen auf in allen Anzeigenstellen ungenügend zu haben.

Arbeiterland 1932. Ein Jahrbuch für Arbeiterleben in Arbeit und Land. Der Inhalt ist wieher wie in den Vorjahren reichhaltig. Das Arbeiterland ist als ein Zeitschrift und die farbigen Bilder sind als Quartettspiel zu verwenden. Der Preis des „Arbeiterland“ ist er-mäßig auf 1,- M. herabgesetzt. Zu haben in allen Gewerkschafts- und Betriebsbuchhandlungen.

Der richtige Weg zur Erlangung schöner weißer Zähne unter gleichzeitiger Beseitigung des Zahnebelages ist folgende: Drücken Sie einen etwas geläuterten Zahnebelag auf die trockene Chlorodont-Zahnbürste (Spezialbürste mit gepaßtem Borstenschmitt), drücken Sie nun energig in allen Richtungen die Außen-, Innen- und Kau-flächen, auch zwischen den Zähnen. Waschen Sie sodann die Bürste im Wasser, zum gründlichen Nachspülen. Erst jetzt können Sie - am besten mit Chlorodont-Mundwasser - unter Vorsicht-smäßig nach. Der Erfolg dieser mechanischen Reinigung wird Sie überreichen! Alle Speisereste und der mißfarbene Zahnebelag sind verschwinden und ein herrliches Gefühl der Frische und Sauberkeit bleibt zurück. Verlangen Sie ausserdich Chloro-dont-Zahnpaste, Tube 50 Pf., große Tube 80 Pf.

Lest das Bauwerk!

Man stellt sich alles selbst durch die selbstbelebende Katalog gratis.

J. Brendel, Linsburgerhof 37, Pflz.

Reellste Bezugsquelle! **Neue Gänsefedern** von der Gans gerupft, mit Daunen, dopp. gereinigt Pl. 2. aller. Qualität 3.- u. 4.-, gereinigte, gerissene Federn mit Daunen 3.25 u. 4.25, hochpr. 5.25, aller. 6.50 in Vollmaß 8.- u. 9.-. Versand gegen Nachnahme, ab 5 Pfd. portofrei. Nicht gelte!, nehme auf meine Kosten zurück. **Willy Mantel**, Gänse-mästerei, Neutrebbin 5 (Oderbr.) Aeltestes und größtes Bettfederverand-sgeschäft des Oderbruchs. gegr. 1852.

Tragt unsere Bundesnadel

Waffenscheinreder **Browning**

Raf. 6 mm
Kreuzsch
Konstruktion
8 schüssig 7.50 Mk. m. Patrone.
Waffen-Rade, Celle 98

EISO Stahl-Betten Schlafmatr., Polster, Stahlrahmen aus Joden, Teils. Kat. fr. Eisenmöbelwerk Euhl. Th.

Gummiwaren, ALLES BILLIGER! hygien. Artikel. Preis. Werkzeu.-Liste grat. G. i. grat. „Medicus“ (Waffen-Verzeug. Gd. REAGEN 103 I. W.)

Geschenke billig

Weihnachts-Katalog gratis!

Sigurd-Gesellschaft

Kassel 365